

Klage gegen Finanzministerium

# Schlecht beraten zur Intransparenz

Die Bundesministerien geben Milliarden Euro für Beraterfirmen aus – Details bleiben aber verborgen. Wir verklagen Finanzminister Christian Lindner auf Herausgabe des Beraterberichts.

2. Februar 2023 - Arne Semsrott



eigene Bearbeitung, Original: C. Lindner von Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

Die externen Berater der Bundesregierung könnten problemlos ein eigenes Ministerium füllen. Alleine 2019 gaben die Bundesministerien zusammen 433,5 Millionen Euro für externe Beratungsleistungen aus – allein das Justizministerium kommt auf ein Budget von 940 Millionen Euro.

Das Beratungswesen der Bundesministerien stößt schon seit vielen Jahren auf starke öffentliche Kritik. Die Aufträge an Ernst & Young, PricewaterhouseCoopers, Capgemini und Co. seien ineffektiv oder gar nutzlos, demokratisch nicht legitimiert und dabei auch noch teuer, kritisieren Expert\*innen. Trotzdem steigt die Zahl externer Berater seit Jahren stark an. Eine direkte Folge: In vielen Politikbereichen wie der Digitalisierung besitzt die Verwaltung kaum noch Expertise. Mitunter schreiben externe Berater sogar politische Konzepte.

## 200 Seiten Infos über externe Berater

Um einen Überblick über in Anspruch genommene Beratungsleistungen zu geben, muss das Finanzministerium seit 2007 jährlich den sogenannten Beraterbericht anfertigen, der die Beratungsleistungen an alle Bundesministerien zusammenfasst. Das rund 200-seitige Dokument ist allerdings nicht öffentlich. Lediglich der Haushaltsausschuss des Bundestags bekommt Einblick in den Bericht. Deswegen verklagen wir jetzt das Finanzministerium auf Transparenz.

Wir hatten den Bericht unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetzes angefordert. Das Finanzministerium argumentiert, es habe den Bericht im Auftrag des Bundestags angefertigt und sei daher nicht auskunftspflichtig. Das ist nach unserer Ansicht aber falsch. Grundsätzlich sind Informationen dort herauszugeben, wo sie vorliegen – und dass das Finanzministerium als Autor eines Berichts auch darüber verfügt, sollte eigentlich unstrittig sein.

## Chronisch intransparentes Ministerium

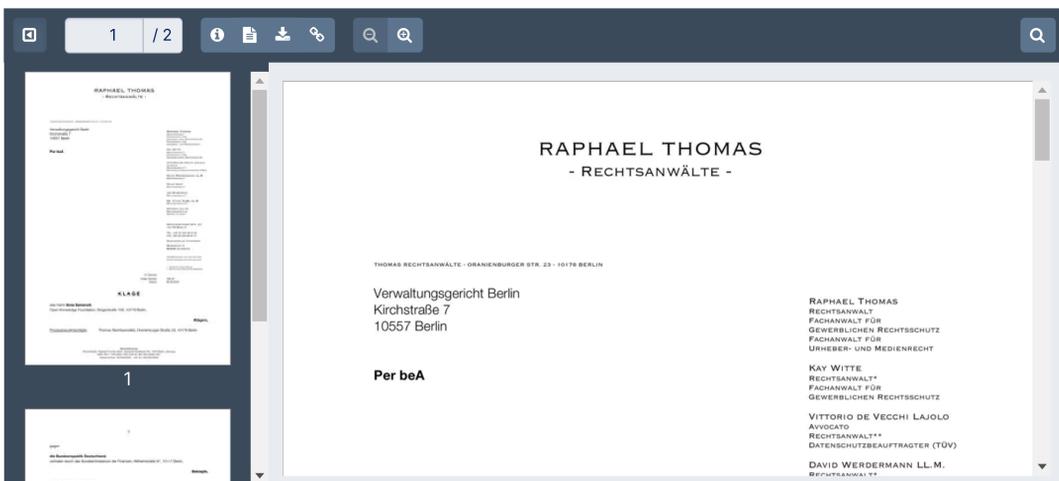
Dass das Ministerium von Christian Lindner die Unterlagen trotzdem nicht herausgibt, verwundert leider nicht. Denn die chronisch intransparente Behörde fiel auch unter Lindners Vorgänger Olaf Scholz immer wieder damit auf, dass sie selbst einfache Informationen geheimhielt. Dagegen hilft nur der Gang vors Gericht. Wir erwarten, dass das Berliner Verwaltungsgericht in diesem Jahr über die Herausgabe des Beraterberichts entscheidet.

**Auf dem Laufenden bleiben, wie die Klage ausgeht? Jetzt unseren Newsletter abonnieren!**

E-Mail

→ [zur Anfrage](#)

→ [zur Klage](#)



## Für eine informierte Zivilgesellschaft spenden

Unsere Recherchen, Klagen und Kampagnen sind essentiell, um unsere Politik und Verwaltung transparenter zu machen! So können wir unsere Demokratie stärken. Daraus schlagen wir kein Profit. Im Gegenteil: Als gemeinnütziges Projekt sind wir auf Spenden angewiesen.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit!



Steinmeiers Begnadigungen

## Klage gegen Bundespräsidenten geht vor das Oberverwaltungsgericht

Der Bundespräsident kann Menschen begnadigen, die Straftaten begangen haben. Öffentlicher Kontrolle unterliegt er dabei nicht, urteilte das Berliner Verwaltungsgericht nach unserer Klage. Wir ziehen in die nächste Instanz.

[zum Artikel →](#)

### FragDenStaat

- Blog
- Recherchen
- Newsletter
- Für Journalist:innen
- Entwicklung & API
- Barrierefreiheit

### Informationsfreiheit

- Einführung
- Bereichsausnahmen
- Fristen & Ablehnungen
- Gebühren
- Widersprüche & Klagen
- Europäische Union

### Über uns

- Über uns
- Team
- Finanzierung
- Unsere Kampagnen
- Unsere Klagen
- Presse

### Hilfe & Support

- Fragen & Antworten
- Ideen für Anfragen
- Einsteiger-Guide
- Infos für Behörden
- Forum
- In English

### Unterstützen

- Jobs & Mitmachen
- Crowdfunding
- Spenden
- Kontakt

### Rechtliches

- Impressum
- Nutzungsbedingungen
- Datenschutzerklärung
- Netiquette



### Newsletter abonnieren

E-Mail



FragDenStaat.de ist ein gemeinnütziges Projekt des [Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.](#)

**Spendenkonto** bei der GLS-Bank  
 IBAN:  
 DE36430609671173893200  
 Verwendungszweck:  
 FragDenStaat